



HESSISCHER LANDTAG

13. 02. 2019

Plenum

Antrag

Fraktion der AfD

Bahnübergang B 42 Rüdesheim und Bundesgartenschau 2029

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag schließt sich den Initiativen des Kreistages des Rheingau-Taunus-Kreises, vorbehaltlich eines Beschlusses des Kreistages am 22.02.2019, sowie den Städten Rüdesheim und Lorch an und bittet Ministerpräsident Volker Bouffier und Herrn Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Andreas Scheuer, sich dafür einzusetzen, dass die Beseitigung des Bahnübergangs an der B 42 spätestens bis zum Beginn des Jahres 2028 abgeschlossen ist.
2. HessenMobil soll beauftragt werden, bis spätestens Ende 2022 eine Planung vorzulegen, die mit dem Denkmalschutz vereinbar ist.

Begründung:

Der beschränkte Bahnübergang an der B 42 in Rüdesheim ist ein bereits jahrzehntelanges bekanntes Verkehrsärgernis, welches den Zugang zum hinteren Rheingau und zum gesamten Mittelrheintal erheblich erschwert.

Im Jahr 2029 wird im Welterbe Oberes Mittelrheintal die Bundesgartenschau ausgerichtet. Die Stadt Rüdesheim wird das südliche Eingangstor zur Bundesgartenschau für einen großen Teil der erwarteten 1,8 Mio. Besucher.

Die Bundesgartenschau soll einen entscheidenden Impuls für die wirtschaftliche Entwicklung und dabei vor allem für die Weiterentwicklung von touristischen Angeboten sein.

Der Stadt Rüdesheim kommt aufgrund der geografischen Lage eine besondere Bedeutung zu. Zum einen wird sie durch die geplanten Ausstellungsflächen rund um das Niederwalddenkmal ein besonderer Besuchermagnet sein. Zum anderen ist sie das südliche Eingangstor von der Metropolregion Frankfurt Rhein-Main zur Ausstellung, wobei die B 42 einer der wichtigsten Zubringer zur Bundesgartenschau sein wird.

Nachdem im Jahr 2018 Ministerpräsident Volker Bouffier gegenüber Frau MdL Petra Müller-Klepper schriftlich zugesagt hatte, dass er sich für eine schnelle Beseitigung des Bahnübergangs einsetzen wird, ging nicht nur die Stadt Rüdesheim davon aus, dass die Baumaßnahmen im Jahr 2029 abgeschlossen sein werden.

Eine Planungszeit von 2,5 Jahren, eine Bauzeit von 5 Jahren sollten für die schnelle Realisierung des Projektes ausreichend sein, sodass großzügig vor Beginn der Bundesgartenschau Anfang des Jahres 2028 die vollständige Fertigstellung erfolgen kann.

Wiesbaden, 13. Februar 2019

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe